

Direkte Demokratie

Matthias Altmann

Wie gestaltet sich demokratisch legitimierte Klimawandelanpassung in Städten und was kann man hierbei von bestehenden Initiativen aus unterschiedlichen Städten vergleichend lernen? Unter anderem dieser Frage gingen wir im Rahmen der vergleichenden Exkursionen in Wien und Berlin nach. Dafür besuchten uns vom 3. bis 6. Juni Student*innen der Humboldt-Universität zu Berlin in Wien, um die unterschiedlichsten Initiativen in der Stadt kennenzulernen und um deren Wirksamkeit und politische Legitimation zu diskutieren. Vom 7. bis 12. Juli besuchten nun wir die Kolleg*innen in Berlin, um uns auch dort mit Prozessen der Klimawandelanpassung zu beschäftigen und nun auch verstärkt vergleichende Überlegungen zwischen Wien und Berlin anzustellen.

Exkursion zur direkten Demokratie in Wien

Schwerpunkt unserer Gruppenarbeit (Piotr Jantos, Matthias Altmann) und dem dazu ausgestalteten Exkursionsslot war die direkte Demokratie und ihre Bedeutung für die Klimawandelanpassung. Hierfür luden wir als Expertin Jana Plöchl von der BOKU University ein, welche den Klimarat auf Bundesebene in Österreich wissenschaftlich begleitete. Sie erzählte uns von notwendigen organisatorischen Strukturen, von moderativen Herausforderungen, um ein produktives Diskussionsklima zu erzeugen, und von Möglichkeiten und der Wirksamkeit dieses Instruments. Im Anschluss, um auf spielerische Art ein Gefühl für Konflikte in einem Bürger*innenrat zu bekommen und um politische Überlegungen in Bezug auf Elemente direkter Demokratie zu Fragen der Klimawandelanpassung anzustellen, simulierten wir ein Planspiel. Als hilfreiches Ausgangsmaterial zur Erstellung des eigenen Planspiels dienten die frei zugänglichen Unterlagen „Bürgerrat in Aktion: Ungleichheit im Blick“ auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB, 2024). Die zentrale Frage für dieses Planspiel lautete: Soll es eine Volksabstimmung über den Bau des Lobau-Tunnels geben? Die Studierenden mussten in unterschiedliche Rollen schlüpfen, ihren zugewiesenen Charakter anhand von Fragen ausarbeiten und Argumente für die spätere Diskussion entwickeln. In der Diskussion und der darauffolgenden Reflexion stellte sich heraus, dass einige Charaktere im Zwiespalt standen zwischen deren Einstellung zu Elementen der direkten Demokratie und ihren Hoffnungen und Sorgen bezüglich der Lobau.

Exkursion zur direkten Demokratie in Berlin

In Berlin besuchten wir zur Behandlung des Themas direkte Demokratie das Tempelhofer Feld. In Gruppen beschäftigten wir uns mit der Geschichte der urbanen Grünfläche, welche seit Jahrzehnten im Konflikt mit potenziellen Flächen für den Wohnungsbau steht. Im Anschluss unternahmen wir einen Wahrnehmungsspaziergang über das Feld, wobei wir mit Leuten vor Ort ins Gespräch kamen und nach unterschiedlichen Nutzungsformen und Repräsentationen von Klimawandelanpassung Ausschau hielten. Diese ersten Beobachtungen zeigten, dass gerade diese fehlende Definition und die nicht vorhandenen Pläne seitens der Stadt Besucher*innen dieser großen Grünfläche Möglichkeiten bietet, unterschiedlichste individuelle Nischen zu bespielen. Auch wenn eine gewisse Kompromissbereitschaft zum Wohnungsbau auf dem Gebiet des Tempelhofer Feldes bei den Befragten da wäre, hemmt ein fehlendes Vertrauen in die städtische Politik den Zuspruch, und führt im Zweifel zur bedingungslosen Ablehnung.

Tempelhofer Feld



© Jantos 2025

Was interessanterweise in beiden Exkursionsslots zur direkten Demokratie Thema war, ohne dass dies Teil einer inhaltlichen Vorgabe war, war die Behandlung von städtischen Grünflächen. Auch wenn sich beide Flächen hinsichtlich ihrer räumlichen Lage in der Stadt und ihrer Nutzung unterscheiden, zeigen sich bei näherer Betrachtung dennoch gewisse Parallelen in den Konflikten um ihre Nutzung sowie in den damit verbundenen Forderungen nach direkter Demokratie. Grünflächen in Städten könnten als „politische Seismographen“ fungieren,; als Orte, an denen sich gesellschaftliche Spannungen, Stimmungen und Konflikte um Klimapolitik, Beteiligung und Stadtentwicklung besonders verdichtet zeigen. Darüber hinaus wirft es prinzipielle Fragen nach der Vereinbarkeit von städtischem Leben und der Nähe zu für die Klimawandelanpassung wichtigen Grün- und Naturflächen auf. Und vergleichend stellt sich die Frage, wie diese Konflikte in unterschiedlichen Städten mit unterschiedlichen historischen Kontexten und Politik- und Verwaltungsstrukturen ausgetragen werden.

Wien und die Lobau

2005 wurde der Bau einer S1 Ostumfahrung nach Schwechat unter einer SPÖ-Stadtregierung und unter einem FPÖ-Infrastrukturminister mit dem Ziel beschlossen, in den Bezirken Floridsdorf und Donaustadt das durch eine stark wachsende Bevölkerung zu erwartende Verkehrsaufkommen in den Wohngebieten zu reduzieren (Gress, 2021). Daraufhin wurde 2006 die Lobau zum ersten Mal von Umweltaktivist*innen besetzt (ebd.), denn seit nun 30 Jahren sinkt der Grundwasserspiegel kontinuierlich und der Bau des Lobautunnels könnte den Grundwasserkörper zusätzlich negativ beeinflussen (Kropshofer, 2025). Selbst die Stadt nennt die Lobau eine wichtige Quelle für die eigene Wasserversorgung, vor allem in Hitzeperioden, was dieses Naturschutzgebiet zusätzlich zu einem wichtigen Raum für die städtische Klimawandelanpassung macht (Stadt Wien - Wiener Wasser, o. J.). Zuletzt dient die Lobau auch als Hochwasserschutz und Naturraum (ebd.). 2015 folgte eine Studie der TU Wien, welche auch aus verkehrsplanerischer Perspektive von diesem Projekt abriet (Knoflacher et al., 2015).

Protestaktion in der Lobau



© Michelides 2021

Das Kurzfazit lautet: mehr Straßen verursachen mehr induzierten Verkehr und sorgen langfristig für keine Entlastung. 2015 erhielt das Bauvorhaben ebenso die UVP-Zulassung, welche nach Beschwerden und Klagen 2018 zweitinstanzlich bestätigt wurde (Umweltbundesamt, 2015). 2021 wurde das Bauvorhaben durch eine Grüne Umweltministerin erneut auf den Prüfstand gestellt. 2025 kam die Revision der TU-Studie mit demselben Ergebnis: Der Bau der im Bundesgesetz vorgesehenen Variante der S1 unterliegt den Alternativen in fast allen Belangen (BMK, 2022). Auch der VCÖ warnt vor den Folgen des Baus: 1,3 km² versiegelte Fläche, keine Abhilfe im Verkehr und 400 000 Menschen, welche von den Emissionen betroffen wären (Raho, 2025). Seit damals hält die SPÖ-Wien an jenen Plänen fest und seit damals ist die Lobau Schauplatz für Aktivismus und Raum für Konflikte. Prozesse der direkten Demokratie, wie ein Volksbegehren, eine Volksbefragung oder eine Volksabstimmung, gab es hier nie. Die Konfliktebene zeigt sich im wachsenden Unmut und Unverständnis gegenüber der wissenschaftsignoranten und autozentrierten Haltung der Stadtregierung Wiens, die trotz ihrer Selbstinszenierung als "Klimamusterstadt" weiterhin an den Bauplänen des Lobautunnels festhält – ein Vorhaben, das von zahlreichen Klimaaktivist*innen und von Seiten der Wissenschaft als klimapolitisch widersprüchlich, ökologisch destruktiv und in den Verkehrswissenschaften als nicht zielführend kritisiert wird.

Berlin und das Tempelhofer Feld

Das Tempelhofer Feld fungiert erst seit 2008 als städtische Grünfläche. Seine heutige Form erhielt es zwischen 1936 bis 1941. Es wurde unter Zwangsarbeit in der NS-Zeit erbaut (Tempelhof Projekt GmbH, o. J.). In den Jahren nach dem Krieg erhielt es eine weitere Bedeutung als Luftbrücke, welche während der Blockade Westberlins die Versorgung mit Gütern sicherstellte (ebd.). Von 1981 bis 2008 fungierte Tempelhof als ziviler Flughafen. Doch schon 1994 gab es Pläne, diese in der Stadt zentrale Fläche in Teilen für den Wohn- und Gewerbebau umzuwidmen (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 2002; Tempelhof Projekt GmbH, o. J.). In einem ersten Volksentscheid

„Offenhaltung des Flughafens Tempelhof“, welcher zudem der erste Volksentscheid in der Stadt Berlin überhaupt war, konnte das notwendige Quorum mit 21% von 25% Zustimmung an der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung nicht erreicht werden (Berliner Morgenpost, 2008). Zudem hatte der Entscheid keinen Gesetzescharakter und würde somit nur als Empfehlung gelten (ebd.). 2010 wurde das Feld allen als Park zugänglich gemacht und bereits ein Jahr später formierte sich die Bürgerinitiative „100% Tempelhof“ mit dem erneuten Ziel, die Fläche als Park zu belassen und Bebauungspläne des Senats zu verhindern (Mokosch, 2014). Hierbei kam es 2014 zum Volksentscheid, bei welchem das notwendige Quorum mit insgesamt 29,6% überschritten wurde. Durch den Gesetzescharakter durfte das Tempelhofer Feld in seiner Funktion als Naturfläche und Erholungslandschaft folglich nicht eingeschränkt werden (Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld e.V., 2025). Parallel machte die Stadt Berlin auch erstmals davon Gebrauch, einen Gegenvorschlag ebenfalls zur Wahl zu bringen, welcher eine Teilbebauung vorsah, jedoch nicht das nötige Quorum erreichte (ebd.). Bereits 2018, vier Jahre nach dem Volksentscheid, wurden Pläne um eine mögliche Teilbebauung des Tempelhofer Feldes erneut politisch diskutiert (Mallwitz 2018). So startete 2024 ein Architektur-Ideenwettbewerb der eine Neugestaltung und Bebauung des Tempelhofer Feldes vorsah, in Kombination mit einem Bürger*innenrat, welcher die Umsetzung mitentscheiden soll und diese damit demokratisch legitimieren sollte (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, 2025). Der Rat gab jedoch bereits zur Kenntnis, am Volksbegehren aus dem Jahr 2014 festzuhalten (Jensen, 2025). Die Konfliktebene um die seit 30 Jahren bestehenden Baupläne auf dem Tempelhofer Feld spiegelt das Unverständnis der Berliner Stadtbevölkerung und der Bürger*inneninitiative 100% THF über das Übergehen des Volksentscheids von 2014 wider. Während der Senat mit Wohnungsnot und Preisdruck argumentiert, fehlt das Vertrauen darüber, wie sozial gerecht eine mögliche Bebauung ausfallen würde. Zuletzt wirft es Fragen über die Wirksamkeit und die rechtlich zulässige Relativierung direkter demokratischer Elemente auf.

Elemente direkter Demokratie

Da Wien sowohl Bundesland als auch Gemeinde ist, ergeben sich ein paar Besonderheiten. Da wäre erstens die Volksabstimmung, welche auf Landesebene nur vom Landtag einberufen werden kann. Selbige Regelung existiert auch auf Gemeindeebene, jedoch wurde von diesem Instrument noch kein Gebrauch gemacht (Demokratiezentrum Wien, 2025). Ebenso kam es noch nie zu einem Volksbegehren, welches von den Bürger*innen ausgehen würde, da im Unterschied zum Bund hier in einem einstufigen Verfahren die Unterstützer*innen (mindestens 5% der Wahlberechtigten) mit einer Unterstützungserklärung beim entsprechenden Magistrat sich die Wahlberechtigung bestätigen lassen müssen (ebd.). Von der Volksbefragung, welche nur auf Gemeindeebene existiert, wurde bereits siebenmal Gebrauch gemacht, zuletzt 2013. Sie wird jedoch dafür kritisiert, lediglich als politisches Legitimationsinstrument mit teils abstrakten und in fernerer Zukunft liegenden Thematiken und suggestiv gestellten Fragen verwendet zu werden (Pleschberger & Mertens, 2012). Zuletzt gibt es noch das Petitionsrecht in Wien, um auf Probleme aufmerksam zu machen, deren Inhalte bei erfolgreicher Durchführung im Petitionsausschuss behandelt werden müssen (Demokratiezentrum Wien, 2025). Es zeigt sich, dass die Instrumente direkter Demokratie, mit schwierig zu überwindenden Hürden oder fehlender rechtlicher Durchsetzungskraft schwach aufgestellt sind. Zusätzlich ist auch ein Großteil der Wiener Bevölkerung aufgrund einer fehlenden Staatsbürgerschaft ausgeschlossen (Ehs et al., 2024). Pleschberger und Mertens (2012) schreiben in einer Untersuchung der Stadt Wien, dass regierende Parteien Elemente direkter Demokratie häufig dann nutzen, um in konfliktreichen Bebauungsprojekten Legitimation zu schaffen, jedoch unter der erwartbaren Voraussicht breiter Zustimmung der Bevölkerung. Die Tatsache, dass diese Instrumente im Fall des Lobautunnels nicht genutzt wurden, lässt umgekehrt den Schluss zu, dass

die Stadtregierung eine mehrheitliche Ablehnung durch die Bevölkerung erwartet und dies als politisches Risiko einschätzt. In bisherigen Volksbefragungen zu Themen des Naturschutzes und zu urbanem Grünraum sprachen sich die Wiener*innen meist für den Erhalt dieser Flächen aus (Ehs & Zandonella, 2024). Das verbleibende Mittel, welches auch im Fall der Lobau zum Einsatz kam, sind selbstorganisierte Beteiligungsverfahren wie Demonstrationen und Besetzungen, welche mediale Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken können (ebd.). Hier stand die Stadtpolitik in der Kritik, als sie Aktivist*innen, die das Gebiet besetzten, mit Klagen drohte (Amnesty International Österreich, 2021). Zuletzt setzt die Stadt Wien auch auf Möglichkeiten der gesetzlich nicht verankerten Partizipation, welche häufig lokaler und mit höherer Zugänglichkeit ist (Ehs & Zandonella, 2024).

Instrumente der direkten Demokratie finden sich in ähnlicher Weise auch in Berlin: die Volksinitiative als eine geregelte Form der Petition (Senatsverwaltung für Inneres und Sport, 2017). Volksabstimmungen gibt es namentlich auch, sie sind im Unterschied in Berlin nur für bestimmte Arten von Änderungen, wie beispielsweise Änderungen in der Gesetzgebung von Instrumenten der direkten Demokratie, vorgesehen (ebd.). Das Instrument der Volksbefragung gibt es in Berlin nicht. Der vielleicht wesentlichste Unterschied im Instrumentarium der direkten Demokratie zwischen Berlin und Wien, welcher sich auch in den bereits beschriebenen Fallbeispielen ausdrückt, ist das Instrument des Volksbegehrens. Das Volksbegehren läuft in zwei Stufen ab: Wenn man für die erste Stufe genügend Unterschriften sammelt, kann das Abgeordnetenhaus dem Begehren bereits nachkommen. Bei Ablehnung werden erneut Unterschriften gesammelt, was bei Erfolg zu einer Volksentscheid führt, über den stadtweit mit einem zu erreichenden Quorum von 25% abgestimmt wird (ebd.). Basiert das Volksbegehren auf einer konkreten Gesetzesvorlage, fällt der Entscheid sogar rechtlich bindend aus. Insgesamt bewertet der Verein "mehr Demokratie" dieses Verfahren direkter Demokratie als anwendungsfreundlich, was sich auch in der häufigen Nutzung von Volksbegehren und Volksentscheiden ausdrückt (Efler et al., 2010). Weiters konnte sich das Verfahren auch als gewohnte Praxis einerseits in der Stadtbevölkerung und, andererseits bei den Initiator*innen etablieren, welche den Aufwand und den Mobilisierungsgrad zunehmend besser abschätzen können (Solar, 2025). Solar (2025) sieht in diesem zugänglichen und teils erfolgreichen Instrument der Volksgesetzgebung eine Erweiterung der sonst auf die parlamentarische Opposition beschränkten Kontrollfunktion auf eine Vielzahl an gesellschaftlichen Akteur*innen. Diese Akteur*innen, meist bereits etablierte Vereine und gesellschaftliche Initiativen, bekommen ein neues politisches Gewicht, indem sie es schaffen, neue Themen einzubringen, als Veto-Initiative fungieren, und indem die Konsensfindung mit diesen Akteur*innen abseits der Volksentscheide von Regierungen angestrebt wird (ebd.). Um an diesen Stärken festzuhalten, betont der Verein "mehr Demokratie" die Notwendigkeit von Verbindlichkeit, um das Vertrauen in die direkte Demokratie zu festigen und gegen Politikverdrossenheit anzukämpfen (Efler et al., 2010).

In den Gesprächen, die wir mit den Berliner*innen führten, zeichnete sich die vorläufige These ab, dass die Wiener Stadtpolitik stärker top-down organisiert ist und umgekehrt in Berlin die Politik von bottom-up Initiativen geprägt ist. Die hier angestellten ersten Gegenüberstellungen und der unterschiedliche Umgang mit Instrumenten der direkten Demokratie würden diese These zunächst einmal bestärken. Argumente dagegen wären, dass in Wien Proteste von diversen gesellschaftlichen Akteuren und das damit einhergehende Agenda-Setting gegen den Bau des Tunnels bisweilen wirkte und in Berlin Fragen nach top-down-Machtstrukturen, wie die rechtlich legitimierte Änderung des ThF-Gesetzes wenige Jahre nach dem Volksentscheid den Konflikt wesentlich mitprägen. Ersichtlich wird ein Ungleichgewicht im Konflikt zwischen Bürger*innenbewegungen, welche viel Zeit in die Planung, Mobilisierung und Akquirierung von finanziellen Ressourcen stecken müssen, und städtischen Regierungen, welche mit vergleichsweise geringeren Hürden in diesen gesellschaftlichen Deliberationsprozess eingreifen.

Konflikträume der Klimawandelanpassung

In der Wochenzeitung Falter wurde der Konflikt über die Lobau wie folgt beschrieben:

„Das, was einen Nationalpark auf dem Boden einer Großstadt so einzigartig macht, könnte ihm gleichzeitig zum Verhängnis werden. Zu unterschiedlich sind die Bedürfnisse der Stadtbewohner und jener des Nationalparks.“ (Kropshofer, 2025)

In der Tat sind Konflikte in der Raum- und Landschaftsplanung, insbesondere in Städten, von widersprüchlichen Anforderungen (z. B. Verdichtung und Freiräume) an die Disziplin und an den Raum geprägt. Dieser Konflikt trägt sich in einzelnen Räumen betont aus, da diese mit unterschiedlichen Deutungen, Rechten, Interessen und Nutzungsansprüchen vorbelegt sind (Berding et al., 2024). Eigenschaften wie der Grad an Öffentlichkeit und die Zentralität könnten diese Konflikte verstärken, da eine Vorprägung stärker gegeben ist als beispielsweise bei Bauprojekten am Stadtrand. Die Vorprägung löst sich im Gegenwärtigen als Konflikt der Raumaneignung. Aneignung wird hier nicht als Form der Nutzungshandlung verstanden, sondern als Prozess, in dem Akteur*innen im Moment des Konflikts (unterschiedliche Nutzungsansprüche) um knappen Raum auf ihren Nutzungsansprüche bestehen und sich diesen damit „zu eigen“ machen (Hennecke, 2019). Es ist ein „Instrument der Grenzziehung und die Bereitschaft, für diese [Räume] im Konfliktfall aktiv einzutreten“ (ebd.). Die hier beschriebenen Konflikte um diese Räume werfen Fragen der Umweltgerechtigkeit auf, insbesondere in zwei Dimensionen: zum einen die partizipatorische Gerechtigkeit, also die Frage, wie Entscheidungen über Umweltgüter getroffen werden und welche Akteur*innen daran in welchem Maße realpolitisch beteiligt sind; zum anderen die Befähigungsgerechtigkeit, die sich damit befasst, ob Menschen in der Lage sind, ihre Grundbedürfnisse selbstbestimmt zu erfüllen (Sander & Hein, 2024). Eine weitere Dimension im Konflikt erfahren wir in einer zeitlichen Dringlichkeit durch die Klimakrise, welche Fragen über ein mögliches und angepasstes Leben in der Stadt provoziert. In einem Gastkommentar von Ernst Furlinger in der Furche beschrieb er die Auseinandersetzung um die Lobau als einen archetypischen Konflikt in der Klimakrise:

„[D]ie Transformationskonflikte, die nun an vielen Orten beim epochalen Übergang von der fossilen zur post-fossilen Gesellschaft aufbrechen. Diese Transition erfolgt unter höchstem Zeitdruck und in einer Gesellschaft, die durch die sich überlagernden Mehrfachkrisen des Klimawandels, des Artenverlusts, der Pandemie, der wachsenden sozialen Ungleichheit gestresst, verunsichert, verängstigt, gereizt, polarisiert ist.“ (Furlinger, 2022)

Öffentliche Räume werden dort zu Orten politischer Auseinandersetzung über Klimapolitik (z. B. Mobilität, Wohnen, Grün-/Naturräume und demokratische Teilhabe) und Klimawandelanpassung, an denen unterschiedliche Vorstellungen einer Zukunft konkret und wiederholt aufeinandertreffen. Diese Räume fungieren als Seismographen gesellschaftspolitischer Diskurse, welche Hinweise auf größere politische Auseinandersetzungen und Konflikte geben und im Fall urbaner Grünräume nie nur als Konflikte singulärer Räume verstanden werden können (Hennecke, 2019). Die analysierten Fallbeispiele in dieser Reflexion waren die Lobau in Wien als Symbol für Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt und das Tempelhofer Feld in Berlin als Symbol für demokratische Mitbestimmung und urbanen Freiraum. Einen idealistischen Ansatz für die Auflösung dieses Konfliktes formuliert Richard Sennett in der verstärkten Kooperation und Zusammenarbeit von top-down- und bottom-up-Initiativen, da es für die erfolgreiche Stadtplanung den Diskurs beider Perspektiven braucht (Sennett, 2019). Einen pragmatischen Ansatz formuliert Hennecke (2019): man sollte mehr Menschen im Zuge der innerstädtischen Nachverdichtung nicht weniger und hochoptimierten Freiraum zur Verfügung stellen, sondern mehr Freiraum und die gerechte Verteilung von Flächennutzung allgemeiner denken und offensiv eine Umnutzung der vom motorisierten Individualverkehr angeeigneten Flächen politisch fordern.

Literaturverzeichnis

Amnesty International Österreich (2021): Klimaschutz- und Menschenrechtsbewegung sowie Wissenschaftler*innen verurteilen Klagsdrohungen der Stadt Wien als Menschenrechtsverletzung. Online verfügbar unter <https://www.amnesty.at/presse/klimaschutz-und-menschenrechtsbewegung-sowie-wissenschaftlerin-verurteilen-klagsdrohungen-der-stadt-wien-als-menschenrechtsverletzung/>, zuletzt geprüft am 19.07.2025

Berding, Nina; Frieling, Katharina Johanna; Maikämper, Moritz (Hrsg.) (2024): (Un)Möglichkeit der Teilhabe: Grenzen in der Stadtentwicklung. RWTH Aachen University.

Berliner Morgenpost (2008): Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof scheitert. Online verfügbar unter <https://www.morgenpost.de/jahresrueckblick2008/article103527013/Volksentscheid-zum-Flughafen-Tempelhof-scheitert.html>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) (2022): Wiener Außenring Schnellstraße Schwechat–Süßenbrunn. Strategische Prüfung Verkehr – Scoping Dokument. Online verfügbar unter https://www.bmimi.gv.at/dam/jcr:66476cdb-bd6d-4d4d-b683-142a0cac7a70/Scoping_Dokument_S1_UA.pdf.

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2024): Bürgerrat in Aktion: Ungleichheit im Blick. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/lernen/angebote/planspiele/556994/buergerrat-in-aktion-ungleichheit-im-blick/>, zuletzt geprüft am 15.07.2025.

Demokratiezentrum Wien (2025): Direktdemokratische Elemente in Wien. Online verfügbar unter <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/direkte-demokratie/direkte-demokratie-in-wien/direkt-demokratische-elemente-in-wien/>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Demokratische Initiative 100% Tempelhofer Feld e.V. (2025): Volksentscheid über ein Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes (ThF-Gesetz). Online verfügbar über <https://www.thf100.de/volksentscheid2014.html>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Efler, Michael; Werthmann, Thomas; Wiedmann, Oliver; Dänner, Anne (2010): Direkte Demokratie in den Berliner Bezirken.

Ehns, Tamara; Zandonella, Martina (2024): Mehr zusammenbringen - Zur Verbesserung politisch wirksamer Beteiligung in Wien. Arbeiterkammer Wien.

Ehns, Tamara; Zandonella, Martina; Haas, Malena; Moussa-Lipp, Sina; Verlič, Mara (2024): Stadtpunkte: Mehr zusammenbringen. Verlag der Arbeiterkammer Wien -. 47. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17128112/>, zuletzt geprüft am 22.06.2025.

Fürlinger, Ernst (2022): Lobau: Demokratische Kultur - und ihr Scheitern. In: Die Furche. Online verfügbar unter <https://www.furche.at/politik/lobau-demokratische-kultur-und-ihr-scheitern-7784620>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Gress, Johannes (2021): Lobau-Tunnel in Wien: Die „Umweltsünde“ einer „Klima-Musterstadt“. In: Moment.at. Online verfügbar unter <https://www.moment.at/story/was-ist-der-lobau-tunnel/>, zuletzt geprüft am 18.07.2025.

Hennecke, Stefanie (2019): Freiraumkonflikte als Forschungsfeld im verdichteten Stadtraum. In: Berr, Karsten; Jenal, Corinna (Hrsg.): Landschaftskonflikte, 145–154. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Jensen, Annette (2025): Ideenwettbewerb Tempelhofer Feld: Stoisch in den Untergang. In: taz. Online verfügbar unter <https://taz.de/Ideenwettbewerb-Tempelhof-Feld/!6068376/>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Knoflacher, Hermann; Frey, Harald; Ripka, Igors; Leth, Ulrich (2015): Auswirkungen der Lobauautobahn auf die Stadt Wien. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/verkehrsplanung/strassen/pdf/tu-auswirkungen-lobauautobahn.pdf>, zuletzt geprüft am 18.07.2025.

Kropshofer, Katharina (2025): Trockene Lobau: Alle reden vom Tunnel, doch das ist nicht ihr einziges Problem. In: FALTER. Online verfügbar unter <https://www.falter.at/zeitung/20250415/alle-reden-vom-tunnel-doch-das-ist-nicht-ihr-einziges-problem>, zuletzt geprüft am 18.07.2025.

Mallwitz, Gudrun (2018): Tempelhofer Feld - freibleiben oder bebauen? In: Berliner Morgenpost. Online verfügbar unter <https://www.morgenpost.de/bezirke/tempelhof-schoeneberg/article215376057/Tempelhofer-Feld-freibleiben-oder-bebauen.html>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Mokosch, Tanja (2014): Volksentscheid zum Tempelhofer Feld. Die ganz große Freiheit. In: Der Spiegel. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/panorama/volksentscheid-zum-tempelhofer-feld-in-berlin-a-970414.html>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Pleschberger, Werner; Mertens, Christian (2012): Zur Parteipolitisierung der direkten kommunalen Demokratie. Am Beispiel der Großstadt Wien. Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung. Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (Hrsg.). Online verfügbar unter https://www.pruf.de/fileadmin/redaktion/Oeffentliche_Medien/PRuF/MIP/MIP_2012.pdf.

Raho, Sebastian (2025): Wieso der Lobautunnel keine Zukunft hat - Mobilität mit Zukunft. In: VCÖ. Online verfügbar <https://vcoe.at/blog/detail/wieso-der-lobautunnel-keine-zukunft-hat>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Sander, Hendrik; Hein, Jonas (2024): Urbane Umweltgerechtigkeit. In: Handbuch Stadtsoziologie, 1–21. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Senatsverwaltung für Inneres und Sort (2017): Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksabstimmung. Online verfügbar unter <https://www.berlin.de/sen/inneres/buerger-und-staat/wahlen-und-abstimmungen/volksinitiative-volksbegehren-volksentscheid/>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2002): Berliner Pläne 1862 - 1994. Online verfügbar unter https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/planung/flaechennutzungsplanung/berichte-und-plaene/berliner_plaene_1862_bis_1994.pdf?ts=1752674585.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (2025): Ideenwettbewerb Tempelhofer Feld, Berlin. Online verfügbar unter <https://www.berlin.de/sen/bauen/wettbewerbe/2024/tempelhofer-feld/>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Sennett, Richard (2019): Building and dwelling: Ethics for the city. London: Penguin books.

Solar, Marcel (2025): Direkte Demokratie und Partizipation in Berlin. In: Bröckler, Stephan; Höhne, Benjamin (Hrsg.): Politik und Regieren in Berlin. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Stadt Wien - Wiener Wasser (o. J.): Wasserwerk Lobau. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/wienwasser/versorgung/weg/lobau.html>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Tempelhof Projekt GmbH (o.J.): Geschichte Flughafen Tempelhof. Online verfügbar unter <https://www.thf-berlin.de/geschichte>, zuletzt geprüft am 19.07.2025.

Umweltbundesamt (2015): S1 Wiener Außenring Schnellstraße, Abschnitt Schwechat - Süßenbrunn (S1 Lobau). Online verfügbar unter https://secure.umweltbundesamt.at/uvpdb/public#PAGE_ID_EDIT_VORHABEN.